

Wer ist die PDS?

Einblicke in den Alltag einer postkommunistischen Partei

Trotz der Klagen über ihre vermeintliche Marginalisierung in der Öffentlichkeit, erfreut sich die PDS dank ihrer einzigartigen Karriere als postkommunistischer Partei eines regen politischen und wissenschaftlichen Interesses. In den sozialwissenschaftlichen Disziplinen sind in den letzten Jahren zahlreiche Veröffentlichungen erschienen, die sich mit dem Phänomen PDS auseinandersetzen. Programm und Ideologie, Parteigeschichte und Organisationsentwicklung, Wahlstrategien und Bündnispolitik, parlamentarische Arbeit und Öffentlichkeitskonzepte - es gibt kaum ein Feld, das noch nicht Gegenstand wissenschaftlicher Bearbeitung geworden ist. Trotz des reichhaltigen Materials, das über die PDS als Gesamtorganisation vorliegt, wissen wir allerdings relativ wenig über die Arbeit der PDS in den Kommunen und Landtagen, weil es bisher kaum regionale bzw. lokale Studien über die PDS gibt. Dies ist umso erstaunlicher, als die PDS ihre politische Stärke im Osten vor allem ihrer Verankerung in lokalen Milieuzusammenhängen verdankt. Wenn die von Michael Brie, einem der intellektuellen Vordenker der PDS, eingeführte Charakterisierung der PDS als ostdeutsche „Volkspartei“ zutrifft, dann gilt dies vor allem für ihre Arbeit in den Kommunen, in denen es der PDS gelingt, ganz unterschiedliche Interessen zu repräsentieren. Hier kann sie ihre Vorteile als starke Mitgliederpartei, als identitätsstiftende Milieupartei und als pragmatische Interessen- und Protestpartei gezielt einsetzen. Die PDS stellt schließlich in den neuen Bundesländern 180 Bürgermeister in kleineren und mittleren Gemeinden, sitzt in zahlreichen kommunalen Parlamenten mit der stärksten Fraktion und ist darüber hinaus mit tausenden von Mitgliedern in Gemeinden und in Stadtteilen präsent, in denen die anderen Parteien bisher kaum Mitglieder rekrutieren konnten. Hinzu kommt, daß die PDS in vielen Kommunen, unter anderem aufgrund ihrer Integration in institutionelle Prozesse, viel pragmatischer und sachorientierter arbeitet, als in der stärker propagandistisch orientierten Arbeit der Bundestagsfraktion.

Die Ergebnisse einer Lokalstudie über die PDS in Rostock förderten vor diesem Hintergrund einige interessante Einblicke über die Arbeit der PDS in den neuen Bundesländern zutage. Rostock, vormals exponierter Standort der Werft- und Fischereiindustrie der DDR, ist mit ca. 220.000 Einwohnern von den wirtschaftlichen Umbrüchen des Vereinigungsprozesses massiv betroffen. Wie in anderen Städten der DDR hat die SED-Politik auch in Rostock Altlasten

hinterlassen, die in einem schmerzhaften Umstrukturierungsprozeß beseitigt werden müssen. Die industrielle Infrastruktur befindet sich immer noch in einem umfassenden Strukturwandel, der mit sozialen Härten und weitreichenden Veränderungen der persönlichen Lebenssituation vieler Bewohner verbunden ist.

Für die PDS als Anwalt sozialer Interessen ist dies ein ideales Umfeld für ihr politisches Wirken. Bei den Kommunalwahlen im Juni 1994 wurde sie mit 33,2 % zur stärksten Partei in der Rostocker Bürgerschaft (zum Vergleich: die SPD mit der zweithöchsten Stimmenzahl erhielt 27,3 %). Noch aussagekräftiger ist die Tatsache, daß die PDS in allen zehn Rostocker Wahlbezirken die meisten Stimmen erringen konnte. In einigen Wahlbezirken lag der Stimmenanteil sogar bei 39 %. Bereits bei der ersten Kommunalwahl im Mai 1990 hatte die PDS mit 22,85 % ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erzielt, ein Verweis darauf, daß sie hier von Anfang an über einen relativ hohen Stammwähleranteil mit starker Parteibindung verfügte. Ein zusätzliches Indiz für die lokale Stärke der PDS ist der hohe Mitgliederanteil, der die Rostocker PDS zum stärkstem Kreisverband in Mecklenburg-Vorpommern mit nicht unerheblichem Einfluß auch auf die Landespolitik der Partei macht (bei der Kommunalwahl 1994 lag die Anzahl der Mitglieder bei ca. 3000, gegenwärtig liegt sie bei ca. 2600). Die PDS ist hauptsächlich in Stadtteilgruppen organisiert, die wiederum in Basisorganisationen unterteilt sind. In Rostock gibt es 120 solcher Basisorganisationen. Dank dieser Organisationsdichte kann die PDS hier alle Vorteile einer starken Mitgliederpartei mit einer hohen Repräsentanz ausspielen. Dies gilt unter den Voraussetzungen der spezifischen städtebaulichen Infrastruktur mit ihrer verdichteten Wohnungsbauweise in den Rostocker Trabantenstädten umso mehr. Teilweise bis zu 500 sogenannte Altgenossen versorgen hier zehntausende von Haushalten regelmäßig mit den Propagandamaterialien der PDS. Die Allparteienkoalition, die unter Ausschluß der PDS zwischen 1990 und 1994 den Senat in der Hansestadt stellte, trug das übrige dazu bei, daß die PDS die komfortable Rolle der alleinigen Oppositionspartei wahrnehmen konnte. Dabei war zugleich auf Seiten der PDS das Bemühen erkennbar, diese Rolle so konstruktiv wie möglich zu gestalten, um nicht nur als „Neinsagerpartei“ darzustellen.

Eine unter 350 Mitglieder durchgeführte Befragung ergab ein ziemlich eindeutiges Bild der sozialstrukturellen Zusammensetzung und politischen Orientierung der Mitgliedschaft. Dazu einige kurze Daten: das Durchschnittsalter beträgt 61 Jahre, der Männeranteil ist mit 60 % höher als der Frauenanteil, der Anteil der Mitglieder unter 45 Jahren liegt bei ca. 12 %, die meisten Mitglieder sind Rentner. Alles in allem vermittelten die Ergebnisse der Befragung

das Panorama einer strukturell überalterten, politisch relativ homogenen und für soziale Themen hochsensibilisierten Mitgliedschaft, die sich sehr stark mit der Partei und ihrer Führung identifiziert. Der politische Wertehorizont weist auf eine hohe Identifikation mit den sozialen Sinngehalten des alten Systems hin und ist zugleich vor einem tiefen Mißtrauen gegenüber der Wiedervereinigung und der repräsentativen Demokratie geprägt. Die bereits in den Nachkriegsjahren in Westdeutschland in bezug auf den Nationalsozialismus gestellte Frage, ob dieser mehr gute als schlechte gehabt habe, beantworteten die befragten Rostocker PDS-Mitglieder mit Bezug auf den Sozialismus zu 95 % mit „ja“. Mit diesem Ergebnis korrespondierten auch die Antworten auf eine andere Frage. Den Befragten waren vier Begriffe zu Klassifizierung der DDR vorgegeben: Unrechtsstaat, Diktatur, autoritärer Sozialstaat und soziale Demokratie. Keines der befragten PDS-Mitglieder betrachtete die DDR als „Unrechtsstaat“. Gut 90 % der jüngeren und knapp 83 % der älteren Mitglieder entschied sich für die Kategorie „autoritärer Sozialstaat“. Immerhin noch knapp 5 % der jüngeren und fast 22 % der älteren Mitglieder kreuzten auch die Kategorie „soziale Demokratie“ an. Vor allem die beiden letzten Resultate zeigen, daß der perfektionierte Sozialstaat mit seinen versorgenden Aspekten von den PDS-Mitgliedern als bewahrenswerter Kerngehalt der DDR verteidigt wird, auch wenn dieser Gehalt durch autoritäre politische Strukturen überformt war. So eindeutig positiv wie die Verteidigung des sozialen Kerns der DDR-Gesellschaft, so eindeutig negativ fällt auch die Verurteilung der repräsentativen Demokratie aus. Knapp über 50 % der PDS-Mitgliedschaft in Rostock halten die repräsentative Demokratie lediglich für eine verkappte Form der Herrschaft des Kapitals, fast 80 % halten sie für eine vorläufige Staatsform und nur 6 % können sich mit ihr als beste Staatsform anfreunden.

Noch aufschlußreicher als die Mitgliederbefragung aber war die Untersuchung der Parteiarbeit vor Ort. In einer Reihe von Interviews mit lokalen Parteifunktionären und -mitgliedern sowie in der teilnehmenden Beobachtung stellte sich heraus, daß die älteren Parteimitglieder das soziale Kapital der PDS sind. Sie konstituieren innerhalb der PDS einen Traditionsverband, der durch eine lebensweltlich bestimmte Identifikation mit der alten DDR gespeist wird. Die PDS kann sich auf diese Mitglieder unbedingt verlassen. Sie bilden nicht nur eine wichtige Aktivitätsreserve für die Parteiarbeit vor Ort, sondern agieren auch als eine Art Transmissionsriemen in ihrem sozialen Umfeld. Sie sind im lokalen Netzwerk der Mietervereine, Gartenlaubenbesitzer und apolitischen Vereinigungen verankert, die sich durch eine lebensweltlich abgestützte Erinnerungskultur an die untergegangene DDR auszeichnen. Insofern kommt die Überalterung der Mitgliedschaft, die von vielen Beobachtern als strukturelle

Schwäche der PDS angesehen wird, der Partei zumindest gegenwärtig noch zugute, weil die älteren Mitglieder neben ihrer starken Identifikation für die Partei über Zeitressourcen verfügen, die sie in die politische Arbeit einbringen können.

Der Parteiführung ist die Bedeutung der älteren Mitglieder als Aktivitätsreserve für die politische Arbeit durchaus bewußt. So erklärte der Landesvorsitzende der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Helmut Holter, z. B.: „Die Leistungen unserer Mitglieder beim Gespräch über den Gartenzaun, am Stammtisch, in der Kaffeerunde, die vielfältige Kleinarbeit unserer Vorruehändler/innen und Rentner/innen kann man gar nicht hoch genug einschätzen.“ Auch Professor Leuchter, PDS-Kreisvorsitzende in Rostock, bestätigte im Interview die zentrale Rolle der älteren Mitglieder. Auf die Frage, wie die örtliche Parteiorganisation ihr Propagandamaterial an die Wähler und Wählerinnen verteilt, antwortete er: „Wir verwalten die PDS in ... 14 Stadtteilen. So daß man davon ausgehen kann, daß wir etwa 50 sehr aktive Leute haben ... Das sind meistens Vorruehändler, die dafür viel Zeit haben, die sich dauernd damit beschäftigen. Wenn Sie diejenigen dazuzählen, die mal dabei sind, wenn Plakate geklebt werden oder wenn irgend eine konkrete Vorbereitung zu machen ist, würde ich das so auf etwa 150 bis 200 Leute schätzen.“ Später ergänzte Professor Leuchter, daß bei bestimmten Anlässen, z.B. wenn Flugblätter in die Briefkästen der Wohnviertel gesteckt werden sollen, sich diese Zahl sogar auf 500 multiplizieren kann. Auf diese Weise wurden z.B. bei der letzten Kommunalwahl 60.000 Exemplare des örtlichen Wahlinfos der PDS in nahezu jeden zweiten Haushalt verteilt. Das ist bei uns, so sagte mir ein Stadtteilsprecher, stabsmäßig geplant. Jede Basisorganisation im Stadtteil versorgt eine Straße mit Infos und Flugblättern, und „da ist jeder Briefkasten abgesichert“. Auch die regelmäßigen Infostände in verschiedenen Stadtteilen werden überwiegend von den älteren Mitgliedern der PDS organisiert. Auf einer „Agitprop-Besprechung“ von Stadtteilsprechern waren von insgesamt 17 Teilnehmern zwei jünger als 60. Die jeweilige Richtlinie und der thematische Schwerpunkt für die Infostände wurden bezeichnenderweise von einem Genossen im mittleren Alter, der als sogenannter Anleiter in Erscheinung trat, vorgegeben. Mit Flugblättern, Unterschriftenlisten, Pinwänden und kleinen PDS-Werbeaccessoires wie Postkarten, Ansteckern und Kugelschreibern ausgestattet, stehen die aktiven unter den älteren Mitgliedern dann jeden Samstag auf dem Wochenmarkt und an der Ecke vor der Kaufhalle, um für die PDS zu werben. Die Themen der Pinwände lehnen sich meistens eng an die aktuellen Nöte der Leute an, also z.B. an die Frage von Wohnraumsanierungen und Mieterhöhungen, und vermeiden eine zu aufdringliche PDS-Propaganda.

Zugleich sind die Infostände ein wichtiges Medium, um den Traditionsverband PDS nach innen zusammenzuhalten. Da paraphrasiert dann z.B. eine Musikgruppe im nordischen Akzent den Werbespruch einer Bausparkasse, in dem sie trällert: „Wir geben unserer Zukunft ein zu Hause: PDS.“ Auf den Büchertischen finden sich Souvenirs und Bücher für jeden Geschmack: Krimis nach der Devise: Mord light, Plakate der PDS im Postkartenformat mit dem Motto: Ein Gruß von links - wo das Herz schlägt! Daneben Cassetten mit der Aufschrift: Gysi live auf Video! und schließlich Bücher von Kurt Hager mit dem verheißungsvollen Titel: Erinnerungen an die DDR. Nicht selten tritt die PDS vor Ort auch als Dienstleistungspartei für die kleinen Leute in Erscheinung, z.B. in Mieterinitiativen, in denen PDS-Mitglieder an vorderster Front mitwirken und den Leuten beim Ausfüllen von Wohngeldanträgen oder Widerspruchsbescheiden behilflich sind. So hieß eine der Parolen auf einem Treffen der Stadtteilgruppensprecher: Wir müssen noch stärker in die Mietervereine gehen und uns dort mit Hilfe eines Musterwiderspruchs als Vertreter der Mieter profilieren. Dabei wurde u.a. bemerkt, daß es aus taktischen Gründen manchmal günstiger sein könne, sich nicht gleich als PDS-Mitglied erkennen zu geben. Offensichtlich sind die Regeln der Konspirativität noch nicht überall aus den Köpfen der Mitglieder verschwunden.

Im auffälligen Kontrast zu der Bedeutung der älteren Mitglieder für die aktive Arbeit in ihrem jeweiligen sozialen Umfeld, steht ihre sonstige Stellung innerhalb der Parteiorganisation. Für die programmatische Entwicklung und die theoretischen Positionen der PDS zum Beispiel sind die älteren Mitglieder de facto bedeutungslos. Es gibt offensichtlich innerhalb der PDS eine klare Arbeitsteilung: Das Parteimanagement und die konkrete Politikausrichtung liegen fest in der Hand des intellektuellen Mittelbaus, der von der Altersgruppe der 40- bis 50-jährigen geprägt ist, während die älteren Aktivisten für die soziale Verankerung sorgen. So sagte mir Professor Leuchter zu der Rolle der älteren Mitglieder in den Basisorganisationen: „Die interessieren sich ... weniger für irgendwelche theoretischen Fragen, die wollen nur wissen: Ihr habt das beschlossen, aber wie wollen wir das nun handfest umsetzen.“

Allerdings ist diese Arbeitsteilung nicht immer ganz konfliktfrei und führt manchmal auch zu Reibungen. So wurde sowohl in der Mitgliederbefragung als auch auf Stadtteilgruppensprechersitzungen, an denen ich teilnahm, von älteren Mitgliedern häufig beklagt, daß der Informationsfluß von oben nach unten schlecht sei, daß die Parteiführung in den Medien durch ihren Streit manchmal die Arbeit vor Ort behindere und daß man überhaupt nicht wisse, was die Fraktion in der Bürgerschaft und erst recht im Landtag eigentlich treibe. Frau Haase,

PDS-Fraktionsgeschäftsführerin in der Rostocker Bürgerschaft sind solche Klagen durchaus vertraut. Im Interview sagte sie: „Es wurde an der Basis oft geklagt, daß man nicht so richtig weiß, was die Fraktion eigentlich macht. Dann haben wir damals mit einem Informationsblatt angefangen, um diese Lücke ein bißchen zu schließen. ... Es ist allerdings auch ein Manko von der anderen Seite zu beklagen, nämlich, daß viele PDS-Mitglieder noch immer in den alten Strukturen denken, so, als ob die Informationen zu ihnen gebracht werden muß.“ Auch in anderen Fragen offenbart sich, daß zwischen der traditionsorientierten Mitgliedschaft und der Parteilite, die auf ein modernes Parteimanagement wert legt, erhebliche Differenzen bestehen. So wurde z.B. von den Mitgliedern in den Basisorganisationen immer wieder moniert, daß die Presse die PDS ignoriere bzw. bewußt ausschließe, ein Argument, daß auch in der politischen Auseinandersetzung von der PDS immer wieder kolportiert wird, um sich als marginalisierte Partei darzustellen. Auf das Verhältnis der PDS in Rostock zur lokalen Presse angesprochen, antwortete Frau Haase: „Eigentlich gut, das muß ich sagen. Da ich das nun im dritten Jahr mache, kenne ich die Journalisten fast alle persönlich. Da kann ich mich eigentlich nicht beschweren. ... Wir werden manchmal gerade von den Journalisten besser behandelt, bei denen man denken könnte, die sind nicht gut zu sprechen auf die PDS. Unsere Basis beklagt ja immer, wir werden von der Presse ignoriert. Viele Genossen an der Basis haben sowieso völlig komische Vorstellungen von der Presse. Also, ich sage mal, die sind DDR geschädigt. Wir besitzen nicht mehr wie früher die Zeitungen, wir haben kein Pressemonopol. Ich kann nicht bei einer Redaktion anrufen und sagen: Du schreibst jetzt mal das und das. Ich sage auch immer, wenn die PDS wirkliche interessante Themen hat und interessante Dinge auf die Tagesordnung bringt, dann wird darüber auch berichtet.“

Insgesamt entspricht das Image, das die Fraktionsgeschäftsführerin und der Kreisvorsitzende von der Arbeit der lokalen Parteiorganisation und ihrer Fraktion in der Rostocker Bürgerschaft entwerfen, nicht gerade dem Bild einer straff organisierten Nachfolgepartei der SED. Die Fraktion in der Bürgerschaft unterliegt keinem Fraktionszwang; es gibt häufig unterschiedliches Abstimmungsverhalten unter den Stadtverordneten, und auch die Kommunikation zwischen Kreisvorstand und Fraktionsvorstand ist nicht immer gerade, wie man einräumte, optimal. Je tiefer man in die Feinheiten der Kommunalpolitik hinabsteigt, desto pragmatischer wird zugleich die Politik, die die PDS jenseits der ideologischen Selbstverortungen vertritt. Auf meine Frage, welche Vorschläge zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit die PDS macht, antwortete Professor Leuchter: „In der Diskussion haben wir eigentlich immer darauf orientiert, das an Hand von Fakten zu machen. Also nicht eine Glaubensbekenntnis-

Gegenüberstellung, wie Arbeitsmarktpolitik theoretisch aussehen müßte, sondern wir haben nachzuweisen versucht, daß die Stadtregierung sich nicht konsequent an das von ihr selbst vertretene Konzept, Aufträge an hiesige Firmen zu geben, hält, sondern bei Ausschreibungen immer wieder westdeutsche Firmen begünstigt.“ Noch aufschlußreicher waren die Aussagen zur Wirtschaftspolitik der PDS. Dabei stellte sich heraus, daß der antikapitalistische Gestus, den man in der offiziellen PDS-Rhetorik findet, de facto auf kommunaler Ebene kaum eine Rolle spielt. So erzählte Frau Haase mit einem gewissen Stolz, daß die PDS durch ihre Arbeit in der Bürgerschaft dazu beigetragen habe, den Investitionsstau für bestimmte Projekte aufzulösen. Sie berichtete von Verzögerungen bei der Umsetzung eines Bebauungsplans und fuhr dann fort: „Das lag seit zwei Jahren auf Eis. Da haben wir ... versucht, die Sache zu befördern, damit dort auch willige Investoren endlich mal zum Zuge kommen. Diese Investoren waren ... schon bei allen gewesen, und trotzdem bewegte sich nichts. Letztendlich sind sie auch mit uns ins Gespräch gekommen und haben gesagt: Ist doch alles Quatsch: von wegen, daß die PDS hier der Investorenschreck ist. Also solche Dinge versuchen wir dann zu bearbeiten und voranzubringen. Damit wirklich das Wirtschaftliche hier im Zentrum im Rostock - Bebauungsplan, Portcenter, Telecenter - vorankommt.“

Auch Professor Leuchter weist ausdrücklich auf die konstruktive Rolle der PDS in Fragen der Wirtschaftspolitik hin. Im Interview ergänzt er die Aussagen von Frau Haase durch folgenden Hinweis: „Unsere Stadtfraktion hat übrigens ... einen Antrag in die Bürgerschaft zur Schaffung eines Mittelstandsbeirates eingebracht. Es ist eigentlich auch typisch für diese Stadt, daß das ausgerechnet von der PDS kommt und nicht von der CDU oder der FDP. ... Und es ist im übrigens auch so, daß Chefs von der Mittelstandsvereinigung lieber mit unserem Landtagsabgeordneten Kreuzer oder mit mir über irgendwelche Probleme reden, als mit den anderen Parteien, weil sie einfach sagen: ‘Mit ihnen ist eine sachliche Arbeit möglich.’“ Dazu paßt dann, daß die Rostocker PDS einen offenen Gesprächskreis „Selbständige und Mittelständler in und bei der PDS“ eingerichtet hat, der offensichtlich - ohne jemanden viel Kopfschmerzen zu bereiten - neben dem Arbeitskreis „Lesben und Schwule“, „Autonome und Hausbesetzer“ und „Junge Genossen und Genossinnen“ in der Partei seinen Platz findet. Mit dieser Position bewegt sich die Rostocker PDS im übrigen ganz auf der Linie des Landesvorsitzenden Helmut Holter in Mecklenburg-Vorpommern, der auf einem Wirtschaftskongreß der Landes-PDS ein Grundsatzpapier vorstellte, in dem es heißt: „Die PDS will eine aktive Ansiedlungspolitik für modernste Techniken und Technologien, um den Aufbau eines High-Tech-Sektors in Mecklenburg-Vorpommern zu erreichen. Dazu müssen Wirtschafts- und beschäftigungspolitische Leitbilder für Medizintechniken, Biotechnologie,

sche Leitbilder für Medizintechniken, Biotechnologie, Multimedia, maritime Techniken und Produktionstechnologien auf der Basis nachwachsender Rohstoffe entwickelt werden.“ Das hätte auch aus der Feder eines Mitarbeiters der Staatskanzlei von Kurt Biedenkopf in Sachsen stammen können, wenn da nicht von Mecklenburg-Vorpommern die Rede wäre. Gerade in diesen Fragen sind die intellektuellen Köpfe in den PDS-Führungsebenen bemüht, Kompetenz und Modernität zu demonstrieren, um das Image der nostalgischen Traditionspartei abzustreifen. Zuviel ideologischer Ballast ist dabei nur hinderlich und wird - wo es nötig erscheint - schnell abgeworfen.

Gemessen an der Flexibilität und dem im Zweifelsfall notwendigen Pragmatismus der Parteielite ist die Mitgliedschaft nicht gerade auf der Höhe der Zeit. Auf meine Frage an die Sprecher der Arbeitsgemeinschaft Junge Genossinnen und Genossen, welche konkreten Vorstellungen sie von der Rolle der PDS als Systemopposition haben, antwortete einer der beiden: „Also, es gibt bestimmt welche. Aber, ich sage mal, wir haben noch nie darüber gesprochen. Aber wir wären nicht in der PDS, wenn wir nicht glauben würden, daß es irgendwann wieder einmal so weit ist, daß der Sozialismus aufgebaut werden kann.“ Auch auf die Frage, ob es Dinge in der DDR gab, die sie aus heutiger Sicht für kritikwürdig halten würden, erhielt ich eine zumindest überraschende Antwort. Einer meiner beiden jungen Gesprächspartner sagte nach einem Moment des Zögerns: „Also, ich denke mal, ich hatte eine schöne Kindheit in der DDR - deshalb fällt mir da eigentlich nichts ein.“

Gerade in solchen Aussagen liegt einer der Schlüssel für den Erfolg der PDS. Es war ein gedanklicher Kurzschluß im Westen zu glauben, daß mit dem Untergang des Systems DDR auch die Erinnerungen an das Leben in der DDR gleichsam untergehen würden. Es ist gerade der Unterschied zwischen System und Lebenswelt, der dafür sorgt, daß lebensweltliche Erinnerungen sich gegen alle Aufklärung über das totalitäre Wesen des Systems immunisieren können und aus der Erinnerung all das herausfiltern, was einen Schatten auf das eigene Leben unter der Diktatur werfen könnte. Der Kitt, der den Traditionsverbund insbesondere der älteren Mitglieder in der PDS zusammenhält, sind nicht die ideologischen Versatzstücke eines sogenannten „modernen Sozialismus“, wie ihn die Parteiführung gerne propagiert, sondern die Elemente einer „Erinnerungs- und Erzählgemeinschaft“ (Michael Rutschky), die die Lebende vom guten Leben in der DDR kultivieren und bewahren. Die PDS vermittelt in einer unübersichtlich gewordenen Gesellschaft mit ihren individualistischen Zumutungen und funktionalen Ausdifferenzierungen für Menschen ganz unterschiedlicher weltanschaulicher und

politischer Orientierungen ein Gefühl der Geborgenheit und Heimat. Der Kreisvorsitzende der PDS, Professor Leuchter, schloß ausdrücklich nicht aus, daß eventuell auch potentielle „Republikaner“, die für „Ordnung und Sicherheit“ und gegen Asylbewerber eingestellt seien, in Rostock PDS wählen. Aber etwas anderes kann man bei einer „Volkspartei“ wahrscheinlich auch gar nicht erwarten. Es darf auf jeden Fall mit Spannung erwartet werden, ob und wie es der Parteiführung und ihrem intellektuellen Umfeld gelingen wird, die PDS auch in Zukunft einerseits als ostdeutsche Volkspartei mit stark divergierenden Wählermilieus zusammenzuhalten und ihr auf der anderen Seite die Aura einer modernen linkssozialistischen Partei zu verleihen, die sie auch für Wähler und Wählerinnen im Westen attraktiv machen könnte.